

Richtlinie zur Förderung von Kleinkläranlagen im Freistaat Thüringen des Thüringer Ministeriums für Umwelt, Energie und Naturschutz

1 Zuwendungszweck/Rechtsgrundlagen

Der Freistaat Thüringen gewährt Zuwendungen für Kleinkläranlagen nach Maßgabe dieser Förderrichtlinie. Kleinkläranlagen sind Anlagen zur Behandlung häuslichen Abwassers, die für einen täglichen Abwasseranfall von nicht mehr als 8 m³ und nicht mehr als 50 Einwohnerwerte (EW) bemessen sind. Ziel ist es, zum Schutz der Gewässer und zur Umsetzung des § 57 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) den Anteil der dem Stand der Technik entsprechenden Kleinkläranlagen zu erhöhen und somit die Abwasserreinigung durch Kleinkläranlagen zu verbessern. Als Indikator ist dabei die Erhöhung der Anzahl der geförderten und dem Stand der Technik entsprechenden Kleinkläranlagen zu erfassen.

Rechtsgrundlagen für die Gewährung von Zuwendungen nach dieser Richtlinie sind das jeweils geltende Landeshaushaltsgesetz, die Thüringer Landeshaushaltsordnung (ThürLHO), insbesondere §§ 23 und 44 ThürLHO und die dazugehörigen Verwaltungsvorschriften, das Thüringer Verwaltungsverfahrensgesetz (ThürVwVfG) und das Abwasserabgabengesetz (AbwAG) sowie das Thüringer Abwasserabgabengesetz (ThürAbwAG) in der jeweils geltenden Fassung.

Sind die Zuwendungen EU-beihilferechtlich relevant, werden die Zuwendungen als De-minimis-Beihilfen auf Grundlage der Verordnung (EU) 2023/2831 der Kommission vom 13. Dezember 2023 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen in der jeweils geltenden Fassung ausgereicht.

Es besteht kein Rechtsanspruch auf eine Förderung. Die bewilligende Stelle entscheidet aufgrund pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

2 Gegenstand der Förderung

Zuwendungsfähig nach dieser Richtlinie sind

- a) Ausgaben für den Ersatzneubau oder die Nachrüstung von Kleinkläranlagen nach dem Stand der Technik für ein oder für mehrere Grundstücke, die nach dem zum Zeitpunkt der Antragstellung geltenden Abwasserbeseitigungskonzept dauerhaft nicht an einen kommunalen Kanal oder eine kommunale Abwasserbehandlungsanlage angeschlossen werden.
Dazu gehört auch die erstmalige Errichtung einer Kleinkläranlage, wenn das vom Grundstück stammende häusliche Abwasser bisher ohne Vorreinigung in die Abwasseranlage eingeleitet wurde.
- b) Ausgaben für den Neubau von Kleinkläranlagen nach dem Stand der Technik im Rahmen der kommunalen Abwasserbeseitigung.
- c) Ausgaben für den Bau von Schmutzwasserkanälen nach dem Stand der Technik ab den Grundstücksgrenzen im öffentlichen Raum bei der Errichtung von Gruppenkleinkläranlagen (Kleinkläranlage für mehrere Grundstücke).

Gruppenkleinkläranlagen können als private Anlagen und als Anlagen im Rahmen der öffentlichen Abwasserbeseitigung gefördert werden.

Von dieser Förderrichtlinie sind private Kleinkläranlagen oder private Gruppenkleinkläranlagen ausgenommen, bei denen die Höhe der Zuwendung 25.000 EUR übersteigt.

Der Freistaat Thüringen gewährt den kommunalen Aufgabenträgern zudem Zuwendungen für deren Beratungs- und Organisationsleistungen gegenüber den Grundstückseigentümern.

Nicht zuwendungsfähig nach dieser Richtlinie sind Ausgaben für Kleinkläranlagen

- für die abwassertechnische Ersterschließung von Grundstücken,
- für die abwassertechnische Erschließung von Kleingärten gemäß Bundeskleingartengesetz sowie

- für die abwassertechnische Erschließung von Wochenend- und Bungalowsiedlungen, Ferienanlagen, Ferienwohnungen o. ä., die baurechtlich nicht dauerhaft zum Wohnen zugelassen sind.

3 Zuwendungsempfänger

Empfänger für die Zuwendungen für Kleinkläranlagen nach Ziffer 2 a) und für Kanäle nach Ziffer 2 c) dieser Richtlinie können Bauherren (Grundstückseigentümer oder Erbbauberechtigte) von Kleinkläranlagen sein, soweit diese Kleinkläranlagen nicht Bestandteil der öffentlichen Abwasseranlagen sind.

Empfänger für die Zuwendungen für Kleinkläranlagen nach Ziffer 2 b) und für Kanäle nach Ziffer 2 c) dieser Richtlinie und für Beratungs- und Organisationsleistungen können die kommunalen Aufgabenträger der Abwasserbeseitigung sein.

4 Zuwendungsvoraussetzungen

Eine Zuwendung kann unter folgenden Voraussetzungen gewährt werden:

- 4.1** Das zu entwässernde Grundstück bzw. die zu entwässernden Grundstücke müssen nach dem öffentlich bekannt gemachten Abwasserbeseitigungskonzept gemäß der jeweils geltenden Regelung im ThürWG den Anforderungen nach Ziffer 2 a) entsprechen (Grundstück wird dauerhaft nicht an einen kommunalen Kanal oder eine kommunale Abwasserbehandlungsanlage angeschlossen).
- 4.2** Sofern Zuwendungen für private Gruppenkleinkläranlagen beantragt werden, müssen sich die beteiligten Grundstückseigentümer vor der Antragstellung selbst einigen und festlegen, auf wessen Grundstück die Gruppenkleinkläranlage errichtet und wer damit Antragsteller stellvertretend für alle an der privaten Gruppenkleinkläranlage Beteiligten wird.
- 4.3** Bei direkter Einleitung des Abwassers aus einer Kleinkläranlage (Direkteinleitung) in ein Gewässer muss der Bauherr über eine wasserrechtliche Erlaubnis gemäß § 57 WHG in der jeweils geltenden Fassung verfügen. Bei Einleitung des Abwassers aus einer Kleinkläranlage in einen Kanal (Indirekteinleitung) muss die Zustimmung des kommunalen Aufgabenträgers vorliegen.
- 4.4** Wenn die zu errichtende Kleinkläranlage über keine allgemeine bauaufsichtliche Zulassung verfügt, ist durch die Antragsteller vor der Auftragsvergabe der Nachweis zu erbringen, dass der Ersatzneubau der zu errichtenden Kleinkläranlage dem Stand der Technik entspricht, d. h., die wasserrechtliche Eignung der betreffenden Kleinkläranlage zur Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen nach Anhang 1 Teil C Absatz 1 Abwasserverordnung muss nachgewiesen werden. Der Nachweis kann durch ein Gutachten einer fachlich geeigneten Institution (z. B. Materialforschungs- und Prüfanstalt an der Bauhaus-Universität Weimar (MFGA), Prüfinstitut für Abwassertechnik GmbH Aachen (PIA)) erbracht werden.

Der Nachweis ist

- bei Einleitung in ein Gewässer gegenüber der unteren Wasserbehörde und
- bei Einleitung in den Kanal gegenüber dem kommunalen Aufgabenträger der Abwasserbeseitigung

zu erbringen.

Bei Nachrüstung einer bestehenden Anlage muss die Bestätigung der Übereinstimmung der nachgerüsteten Anlage mit den Bestimmungen der allgemeinen bauaufsichtlichen Zulassung mit einer Übereinstimmungserklärung der nachrüstenden Firma erfolgen.

- 4.5** Die ordnungsgemäße Errichtung der Kleinkläranlage als Ersatzneubau bzw. Sanierung der Kleinkläranlage durch Nachrüstung muss
 - durch ein Protokoll der Erstkontrolle des kommunalen Aufgabenträgers der Abwasserbeseitigung oder

- bei Kläranlagen der kommunalen Aufgabenträger der Abwasserbeseitigung durch ein Protokoll der Bauabnahme gemäß § 12 VOB/B

bestätigt sein. Dies umfasst auch die Bestätigung der Dichtheit des Baukörpers.

4.6 Für den ordnungsgemäßen Betrieb müssen Kleinkläranlagen regelmäßig gewartet werden.

Der Bauherr muss den Abschluss eines Wartungsvertrages mit einem für die Wartung von Kleinkläranlagen zertifizierten Fachbetrieb zum Zeitpunkt der Erstkontrolle nachweisen.

Der kommunale Aufgabenträger als Bauherr hat den Nachweis der Wartung zu erbringen durch

- den Abschluss eines Wartungsvertrages mit einem für die Wartung von Kleinkläranlagen zertifizierten Fachbetrieb oder
- den Nachweis, dass er für die Wartung von Kleinkläranlagen selbst als Fachbetrieb zertifiziert ist, und erklärt, dass er die Wartung seiner Kleinkläranlagen selbst durchführt.

4.7 Mit dem Vorhaben kann erst dann begonnen werden, wenn von der bewilligenden Stelle eine Zustimmung (siehe Ziffer 7.1.5) zum vorzeitigen Vorhabenbeginn erteilt wurde. Als Vorhabenbeginn gilt der Zeitpunkt der Auftragsvergabe. Planung, Baugrunduntersuchung, Grunderwerb und Herrichtung des Grundstückes gelten nicht als Beginn des Vorhabens. Mit der Zustimmung zum vorzeitigen Vorhabenbeginn ist noch keine Bewilligung der Förderung verbunden. Sofern mit dem Vorhaben ohne Zustimmung der bewilligenden Stelle begonnen wurde, wird keine Zuwendung gewährt.

5 Art und Umfang, Höhe der Zuwendung

Die Zuwendung wird in Form von Zuschüssen gewährt.

Es wird ein nicht rückzahlbarer Zuschuss in Form einer Projektförderung als Festbetragsfinanzierung gewährt.

Die für die Ausbaugröße und damit für die Höhe des Zuschusses maßgebliche Zahl der EW ist der wasserrechtlichen Erlaubnis nach Ziffer 4.3 bzw. der Zustimmung des öffentlichen Aufgabenträgers der Abwasserbeseitigung zur Einleitung in einen Kanal zu entnehmen.

- a) Für den Ersatzneubau einer Kleinkläranlage mit biologischer Reinigungsstufe beträgt der Grundzuschuss bei einer Ausbaugröße für bis zu 4 EW 3.000 EUR zuzüglich 300 EUR je weiterem EW.
- b) Für die Nachrüstung einer vorhandenen Kleinkläranlage mit einer biologischen Reinigungsstufe beträgt der Grundzuschuss bei einer Ausbaugröße bis zu 4 EW 1.500 EUR zuzüglich 150 EUR je weiterem EW.
- c) Bei der Errichtung von Gruppenkleinkläranlagen wird für den Bau von Schmutzwasserkanälen ab den Grundstücksgrenzen im öffentlichen Raum ein Zuschuss von 300 EUR pro laufenden Meter Schmutzwasserkanal gewährt. Grundlage für die Ermittlung der Zuschusshöhe ist ein Lageplan gemäß Ziffer 7.1.3 dieser Richtlinie.
- d) Bei der Errichtung von Gruppenkleinkläranlagen im Rahmen der kommunalen Abwasserbeseitigung wird der Zuschuss für die Gruppenkleinkläranlagen um 10 % erhöht.

Für die Beratungs- und Organisationsleistungen, die der kommunale Aufgabenträger in Verbindung mit der Förderung von Kleinkläranlagen gegenüber den privaten oder sonstigen Bauherren der Anlagen erbringt, beträgt die Zuwendung an den kommunalen Aufgabenträger je Anlage 150 EUR. Damit ist der regelmäßige Aufwand des Aufgabenträgers gedeckt. Beratungsleistungen sind u. a. das Beraten der Bauherren über technische Lösungen und das Förderverfahren.

6 Sonstige Nebenbestimmungen

Sofern ein kommunaler Aufgabenträger feststellt, dass für eine Kleinkläranlage kein gültiger Wartungsvertrag vorhanden ist bzw. die Wartung nicht gemäß Wartungsvertrag durchgeführt wird, kann die bewilligende Stelle die Bewilligung widerrufen bzw. die Zuwendung zurückfordern.

Für den Bewilligungsbescheid gegenüber den privaten und sonstigen Bauherren werden abweichend von Nr. 5.1 der VV zu § 44 ThürLHO die Nebenbestimmungen der Thüringer Aufbaubank für Zuwendungsbescheide zum Bau privater Kleinkläranlagen im Einvernehmen mit dem Thüringer Finanzministerium als Bestandteil erklärt.

Für den Bewilligungsbescheid gegenüber den kommunalen Aufgabenträgern der Abwasserbeseitigung werden die Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften (ANBest-Gk, Anlage 3 zur VV Nr. 5.1 zu § 44 ThürLHO) unter Berücksichtigung davon abweichender Regelungen in dieser Förderrichtlinie Bestandteil des Zuwendungsbescheides.

Wenn eine nach dieser oder einer bereits abgelaufenen Förderrichtlinie geförderte Kleinkläranlage vor Ablauf der Zweckbindungsfrist durch eine öffentliche Abwasserbeseitigung abgelöst wird, führt dies nicht zu einer Rückforderung der Zuwendung für die Kleinkläranlage.

7 Verfahren

7.1 Antragsverfahren

7.1.1 Der kommunale Aufgabenträger der Abwasserbeseitigung gibt jährlich in seinem Zuständigkeitsgebiet in geeigneter Weise bekannt, dass er für Kleinkläranlagen, die Gegenstand der Förderung gemäß Ziffer 2 dieser Richtlinie sind, Anträge auf Fördermittel entgegennimmt. Die Bürger werden jährlich in geeigneter Weise aufgefordert, für die Kleinkläranlagen, die in den nächsten 2 Jahren durch einen Ersatzneubau ersetzt oder nachgerüstet werden sollen, bei dem kommunalen Aufgabenträger Fördermittelanträge einzureichen. Den Anträgen sind Unterlagen gemäß 7.1.2 beizufügen. Antragsformulare hierzu werden auf der Internetseite der Thüringer Aufbaubank bereitgestellt, können jedoch auch von den kommunalen Aufgabenträgern der Abwasserbeseitigung bezogen werden.

Für maximal 10 % der Kleinkläranlagen nach Satz 1 kann der kommunale Aufgabenträger pro Jahr Fördermittelanträge als Vorschlag bei der bewilligenden Stelle einreichen. Bei hinreichender Mittelverfügbarkeit kann von dem Prozentsatz abgewichen werden.

Anträge sind durch die kommunalen Aufgabenträger vorrangig für die Weiterleitung an die bewilligende Stelle als Vorschlag auszuwählen, wenn eine Sanierung durch die zuständige Behörde gefordert wurde.

Durch den kommunalen Aufgabenträger der öffentlichen Abwasserbeseitigung werden die Anträge u. a. bzgl. des Vorliegens der wasserrechtlichen Erlaubnisse, der ggf. vorhandenen Aufforderung der Behörde zur Sanierung oder der satzungsrechtlichen Voraussetzungen für die Abwassereinleitung geprüft und deren Vorliegen bestätigt.

Durch den kommunalen Aufgabenträger der öffentlichen Abwasserbeseitigung wird die Vorschlagsliste mit den Anträgen gemeinsam mit den Antragsunterlagen gemäß 7.1.3 frühestmöglich bei der bewilligenden Stelle eingereicht. Fehlerhafte oder unvollständige Anträge gibt die bewilligende Stelle an die kommunalen Aufgabenträger zur Korrektur bzw. Ergänzung zurück.

Vorschlagslisten und Anträge für das laufende Jahr können regelmäßig, spätestens jedoch bis 30. September des jeweiligen Jahres bei der Thüringer Aufbaubank eingereicht werden.

7.1.2 Dem Antrag auf Fördermittel sind für die direkte Einleitung aus der zu erneuernden Kleinkläranlage in ein Gewässer durch den Bauherrn eine Kopie der gültigen wasserrechtlichen Entscheidung für eine dem Stand der Technik entsprechende Kleinkläranlage, wie die wasserrechtliche Erlaubnis, der Sanierungsbescheid bzw. die Sanierungsanordnung oder die Aufforderung der Behörde zur Sanierung beizufügen. Bei Errichtung einer Gruppenkleinkläranlage ist dem Antrag ein Lageplan beizulegen, aus dem die Länge der Schmutzwasserkanäle im öffentlichen Raum von den Grundstücksgrenzen bis zur Kleinkläranlage hervorgeht.

Wenn eine Kleinkläranlage über keine allgemeine bauaufsichtliche Zulassung verfügt, ist dem Antrag eine Bestätigung über das Vorliegen des Nachweises nach Ziffer 4.4, dass die zu errichtende Kleinkläranlage dem Stand der Technik entspricht, beizufügen. Dies gilt sowohl für die direkte Einleitung aus der Kleinkläranlage in ein Gewässer als auch bei Einleitung in den Kanal.

Die Beantragung der Zuschüsse erfolgt mit einem Antragsformular gemäß Ziffer 7.1.1.

7.1.3 Der kommunale Aufgabenträger reicht für die Anträge folgende Unterlagen ein:

- Bestätigung des Vorliegens der gültigen wasserrechtlichen Entscheidungen für eine Einleitung aus einer dem Stand der Technik entsprechenden Kleinkläranlage, wie der wasserrechtlichen Erlaubnisse für die Einleitung aus Kleinkläranlagen, der ggf. vorhandenen Sanierungsbescheide oder Sanierungsanordnungen, der Aufforderung der Behörde zur Sanierung bzw. Bestätigung der Erfüllung der satzungsrechtlichen Voraussetzungen für die Abwassereinleitung,
- für den Fall, dass eine Kleinkläranlage über keine allgemeine bauaufsichtliche Zulassung verfügt, eine Bestätigung über das Vorliegen des Nachweises nach Ziffer 4.4, dass die zu errichtende Kleinkläranlage dem Stand der Technik entspricht, Auszug aus dem aktuellen Abwasserbeseitigungskonzept für den jeweiligen Ortsteil oder Teile davon und eine Kopie der Übereinstimmungsfeststellung zum Abwasserbeseitigungskonzept. Alternativ ist ein Verweis auf das aktuelle Abwasserbeseitigungskonzept ausreichend, wenn es bei der bewilligenden Stelle hinterlegt wurde.
- tabellarische Auflistung (Vorschlagsliste), aus der sich für die zu erneuernden Kleinkläranlagen deren Lage, Anzahl und Bemessung der Anlagen und die darauf entfallenden Zuwendungen ergeben.
- bei Errichtung einer Gruppenkleinkläranlage einen Lageplan, aus dem die Länge der Schmutzwasserkanäle im öffentlichen Raum von den Grundstücksgrenzen bis zur Kleinkläranlage hervorgeht.

7.1.4 Nach Weiterleitung der Vorschlagsliste und der Anträge durch den kommunalen Aufgabenträger der Abwasserbeseitigung erteilt dieser den Bauherren eine Bestätigung über den Eingang der Anträge und informiert über die Weiterleitung an die bewilligende Stelle. Er weist dabei darauf hin, dass vor einer förderunschädlichen Auftragsvergabe die Zustimmung zum vorzeitigen Vorhabenbeginn abzuwarten ist.

7.1.5 Die bewilligende Stelle entscheidet über den vorzeitigen Vorhabenbeginn der auf der Vorschlagsliste enthaltenen Anträge und teilt die Entscheidung dem kommunalen Aufgabenträger der Abwasserbeseitigung mit.

7.1.6 Die Antragsteller, deren Anträge nicht in die Vorschlagsliste aufgenommen wurden, für deren Anträge der vorzeitige Vorhabenbeginn gestattet wurde (Zustimmung) oder deren Anträge abgelehnt wurden, werden vom kommunalen Aufgabenträger der Abwasserbeseitigung darüber informiert.

7.2 Bewilligungsverfahren

Bewilligende Stelle ist die Thüringer Aufbaubank. Die bewilligende Stelle entscheidet über die Förderung. Sie bewilligt gegenüber den Antragstellern die Zuwendung. Bewilligung und Auszahlung erfolgen erst nach Fertigstellung der geförderten Anlage.

7.3 Anforderungs- und Auszahlungsverfahren

7.3.1 Nach Fertigstellung des Ersatzneubaus bzw. der erfolgten Nachrüstung der Anlagen sowie des Baus von Schmutzwasserkanälen im öffentlichen Raum fordern die Bauherren die Bewilligung und Auszahlung der Zuwendung für die Kleinkläranlagen bei der Thüringer Aufbaubank unter Beifügung einer Kopie des Protokolls der Erstkontrolle des kommunalen Aufgabenträgers sowie unter Vorlage der Rechnungskopien an. Ggf. wurden weitere Anforderungen mit Genehmigung zum vorzeitigen Vorhabenbeginn mitgeteilt. Zum Zeitpunkt der Mittelanforderungen müssen die Rechnungen bezahlt sein.

7.3.2 Nach Fertigstellung des Ersatzneubaus bzw. der Nachrüstung der Kleinkläranlage sowie des Baus von Schmutzwasserkanälen im öffentlichen Raum fordern die kommunalen Aufgabenträger der Abwasserbeseitigung für ihre eigenen Kleinkläranlagen die Bewilligung und Auszahlung der Zuwendung bei der Thüringer Aufbaubank unter Beifügung nachfolgender Unterlagen an:

- Kopien der Rechnungen,
- Kopie des Protokolls der Bauabnahme gemäß § 12 VOB/B,
- Nachweis bezüglich der Wartung gemäß 4.6.

Die Nr. 1.3 der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften (ANBest-Gk) findet keine Anwendung. Zum Zeitpunkt der Mittelanforderungen müssen die Rechnungen bezahlt sein.

7.3.3 Nach Prüfung der Voraussetzungen bewilligt die Thüringer Aufbaubank die Zuwendungen und zahlt diese an die Zuwendungsempfänger aus.

7.4 Verwendungsnachweisverfahren/Controlling

Der Nachweis der Verwendung für private Zuwendungsempfänger erfolgt für:

a) Bauleistungen unter 25.000 EUR Zuwendung

Bei der Förderung von Kleinkläranlagen sowie der Schmutzwasserkanäle ist mit dem Nachweis der Auszahlungsvoraussetzungen zugleich der Verwendungsnachweis erbracht. Nr. 3 der Nebenbestimmungen für Zuwendungsbescheide zum Bau privater Kleinkläranlagen findet Anwendung.

Der Nachweis der Verwendung für Zweckverbände und Gemeinden als Zuwendungsempfänger erfolgt für:

b) Bauleistungen

Die Nrn. 6.2 bis 6.5 der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften (ANBest-Gk) finden für die kommunalen Aufgabenträger Anwendung.

c) Beratungs- und Organisationsleistungen

Die Nrn. 6.2 bis 6.5 der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften (ANBest-Gk) finden für die kommunalen Aufgabenträger Anwendung. Abweichend gilt als zahlenmäßiger Nachweis der Nachweis über die beratenen Zuwendungsempfänger.

Die Prüfungsrechte des Thüringer Rechnungshofes gemäß § 91 ThürLHO bleiben unberührt.

Die Fördermaßnahmen werden durch den Zuwendungsgeber einer Zielerreichungskontrolle (Controlling) gemäß den Verwaltungsvorschriften zu § 23 ThürLHO unterzogen.

7.5 Zu beachtende Vorschriften

Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die ggf. erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten die VV zu § 44 ThürLHO, soweit nicht in dieser Förderrichtlinie Abweichungen zugelassen worden sind.

8 Übergangsvorschrift

Anträge, die bei der Thüringer Aufbaubank eingegangen sind und noch nicht bewilligt wurden, werden nach dieser Richtlinie bearbeitet.

9 Inkrafttreten; Außerkrafttreten

Diese Richtlinie tritt am 01. Januar 2024 in Kraft und am 31. Dezember 2026 außer Kraft.

Erfurt, 29.07.2024

Bernhard Stengele
Minister für Umwelt, Energie und Naturschutz

Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz
Erfurt, Az.: ThürStAnz Nr.

Nebenbestimmungen für Zuwendungsbescheide zum Bau privater Kleinkläranlagen

Diese Besonderen Bestimmungen enthalten Nebenbestimmungen (Bedingungen und Auflagen) sowie notwendige Erläuterungen zu den gewährten Zuwendungen für den Bau bzw. die Nachrüstung von Kleinkläranlagen. Die Besonderen Bestimmungen sind Bestandteil des Zuwendungsbescheides.

Die Thüringer Aufbaubank (TAB) behält sich vor, gemäß § 36 Abs. 2 Thüringer Verwaltungsverfahrensgesetz (ThürVwVfG) nachträglich Auflagen in die Zuwendungsbescheide aufzunehmen, zu ändern oder zu ergänzen.

1. Einhaltung der Rechtsvorschriften

Bei der Vorhabensdurchführung sind die einschlägigen Rechtsvorschriften, insbesondere des Wasserrechts zu beachten. Der Zuwendungsempfänger trägt die Verantwortung für die ordnungsgemäße Einholung aller erforderlichen Zustimmungen.

Der Zuwendungsbescheid kann mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden, wenn sich herausstellt, dass der Zuwendungszweck nicht zu erreichen ist.

Ansprüche aus dem Zuwendungsbescheid dürfen weder abgetreten noch verpfändet werden.

2. Zweckbindungsfrist und Aufbewahrung der Belege

Gegenstände, die zur Erfüllung des Zuwendungszwecks erworben oder hergestellt werden, sind für den Zuwendungszweck zu verwenden und sorgfältig zu behandeln. Der Zuwendungsempfänger darf über sie vor Ablauf der im Zuwendungsbescheid festgelegten zeitlichen Bindung nicht anderweitig verfügen.

Der Zuwendungsempfänger hat zum Zweck nachträglicher Überprüfungen die Originalbelege, Rechnungen und Verträge sowie alle sonst mit der Förderung zusammenhängenden Unterlagen ungeachtet sonstiger Aufbewahrungspflichten bis zum Ablauf der Zweckbindungsfrist aufzubewahren.

3. Nachweis der Verwendung

Der Zuwendungsempfänger ist verpflichtet den Nachweis der Verwendung zu erbringen.

Der Nachweis der Verwendung wird erbracht durch die Vorlage der nachfolgend genannten Dokumente: Formular Abruftantrag/Verwendungsnachweis, Belegliste, Rechnungskopien, Protokoll Erstkontrolle. Gegebenenfalls sind weitere Unterlagen vorhabenspezifisch zur Vorlage erforderlich.

4. Mitteilungspflicht des Zuwendungsempfängers

Der Zuwendungsempfänger ist verpflichtet, unverzüglich der Bewilligungsbehörde anzuzeigen, wenn

- der Verwendungszweck oder sonstige für die Bewilligung der Zuwendung maßgebliche Umstände sich ändern oder wegfallen,
- sich herausstellt, dass der Verwendungszweck nicht oder mit der bewilligten Zuwendung nicht zu erreichen ist,
- der Fördergegenstand innerhalb der zeitlichen Bindung nicht mehr entsprechend dem Verwendungszweck verwendet oder nicht mehr benötigt wird.

5. Erstattung der Zuwendung, Verzinsung

Die Zuwendung ist zu erstatten (§ 49a ThürVwVfG), soweit ein Zuwendungsbescheid nach Verwaltungsverfahrenrecht (insbesondere §§ 48, 49 ThürVwVfG) oder anderen Rechtsvorschriften mit Wirkung für die Vergangenheit zurückgenommen oder widerrufen oder sonst unwirksam wird.

Der Erstattungsanspruch ist insbesondere festzustellen und geltend zu machen, wenn

- die Zuwendung durch unrichtige oder unvollständige Angaben erwirkt worden ist,
- die Zuwendung nicht oder nicht mehr für den vorgesehenen Zweck verwendet wird,
- eine auflösende Bedingung eingetreten ist.

Der Erstattungsanspruch ist nach Maßgabe des § 49a ThürVwVfG mit 6 v. H. für das Jahr zu verzinsen.

6. Prüfungsrechte

Der Freistaat Thüringen, die Thüringer Aufbaubank sowie der Thüringer Rechnungshof oder eine von diesen beauftragte Rechnungsprüfungsstelle sind berechtigt, Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen anzufordern sowie die Verwendung der Zuwendung durch örtliche Erhebungen zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen. Der Zuwendungsempfänger hat die erforderlichen Unterlagen bereitzuhalten und die notwendigen Auskünfte zu erteilen.